

Winter 2019/20

PALÄSTINA-INFO



Libanon • Soziale Medien • SP Schweiz • Annexion • Die Rechte in Israel •
Psychoanalyse • Junge Stimmen aus Gaza

Editorial

Während hiesige Medien regelmässig über Protestbewegungen in Bagdad, Teheran oder Hongkong berichten, finden andere Proteste und deren Forderungen kaum Beachtung. Dies gilt in besonderem Mass für Proteste gegen die israelische Besatzungsmacht. Die menschenunwürdige Behandlung der Bevölkerung im Gazastreifen durch Israel, das die Hauptlast der Verantwortung trägt, ist vielleicht zu unerträglich und zu unhaltbar, als dass JournalistInnen sie gern aufgreifen würden. Wie die Betroffenen ihre eigene Realität zum Ausdruck bringen, zeigt das im Heft vorgestellte Projekt ***We Are Not Numbers***, das junge AutorInnen aus dem Gazastreifen zu Wort kommen lässt. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren zahlreiche kreative audiovisuelle Beiträge entstanden, die mit fundierten Fakten oder Ironie eine neue Form des Widerstands bilden. Soziale Medien spielen als Form der Informationsvermittlung und des Protests eine wichtige – und zwiespältige – Rolle. Für junge Menschen aus dem Gazastreifen sind sie oft die einzige mögliche Verbindung zur Aussenwelt. Gerade weil sie offenbar ein kritisches und subversives Potenzial haben, unterliegen die Online-Medien aber auch der Zensur. Staatliche Behörden und kommerzielle Anbieter wie Twitter, Facebook verbannen immer häufiger palästinensische Stimmen aus dem Netz verbannen und tragen damit zur Isolation der Betroffenen und zum Verschweigen des Unrechtszustandes bei. Ein Beitrag befasst sich mit der noch gar nicht gestellten Frage der Restitution geraubten Besitzes von PalästinenserInnen, ein weiterer Beitrag geht auf die Frage ein, wie sich Israelis aus psychoanalytischer Sicht mit der zionistischen Politik befassen und welche Aspekte dabei verdrängt werden.

Wir wünschen eine spannende Lektüre.

*Das Bild auf dem Cover und die meisten anderen Bilder dieses Heftes stammen, wo nicht anders vermerkt, aus dem Film *The Tower* (siehe Seite 3).*

Kurzmeldungen

Zusammengestellt von der Redaktion

Eskalierende Onlinerepression

- Soziale Medien spielen eine immer wichtigere Rolle beim Bekanntmachen von Völker- und Menschenrechtsverletzungen. Nicht verwunderlich, dass Israel, aber auch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und die Hamas versuchen, kritische UserInnen und unabhängige Medien zu zensurieren. Anfang November 2019 wurden ohne Ankündigung die Twitterkonten zahlreicher palästinensischer Medienunternehmen blockiert. Die PA nutzt ein neues Gesetz zur Cyberkriminalität, um Webseiten offline zu nehmen, die Kritik an ihrer Führung üben und deren Korruption enthüllen. Auch die Whatsapp-Kanäle diverser JournalistInnen und AktivistInnen sowie kritische Facebook-Posts wurden gelöscht. In Israel wurden seit 2015 Hunderte PalästinenserInnen aufgrund von Online-Beiträgen verhaftet (tinyurl.com/online-censorship). Prominentestes Beispiel ist die palästinensische Dichterin Daeen Tatour, die wegen eines Onlinegedichts verhaftet und erst nach Monaten wieder freigelassen wurde. Das Arabische Zentrum zur Förderung sozialer Medien Tamleh weist darauf hin, dass Israel mithilfe von Algorithmen Beiträge systematisch nach Schlagwörtern wie „Widerstand“ durchkämmt und auch private Online-Daten von PalästinenserInnen bei Verhaftungen, Befragungen Anklagen benutzt. Dies führe zu weitverbreiteter Selbstzensur unter palästinensischen Jugendlichen. (tinyurl.com/uz738gs)

Siedlungsprodukte müssen in der EU gekennzeichnet werden

- Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil festgehalten: Für Produkte aus israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet ist die Herkunftsbezeichnung „Israel“ nicht zulässig. Wein, Obst, Gemüse und alle anderen Lebensmittel aus dem besetzten palästinensischen Gebiet müssen besonders gekennzeichnet werden. Diese Regelung soll KonsumentInnen ermöglichen, sich gegen den Kauf von Siedlungsprodukten zu

entscheiden. Die israelische Regierung und Apartheid-freundliche PolitikerInnen in Europa haben lautstark gegen das Urteil protestiert und es als „antisemitisch“ bezeichnet (tinyurl.com/vtdwzul).

Auch in der Schweiz gilt, dass Güter aus den illegalen israelischen Siedlungen nicht als Produkte aus Israel angeschrieben werden dürfen. Eine genaue Regelung für die Kennzeichnung gibt es jedoch nicht.

Regionaler Direktor von Human Rights Watch aus Israel ausgewiesen

- Ende November musste Omar Shakir, regionaler Direktor von Human Rights Watch (HRW), seine Koffer packen und Israel verlassen. Das Oberste Gericht Israels hat ihn als Unterstützer der BDS-Bewegung verurteilt und seine Ausweisung veranlasst. Seit 2018 gilt die Unterstützung von BDS als Grund für eine Einreisesperre. HRW unterstützt die BDS-Bewegung nicht, anerkennt aber das Recht auf BDS und kämpft gegen die Legalisierung der israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet an. Damit geht auch die Forderung nach einem Stopp des Handels mit Siedlungsprodukten einher, denn dieser trägt zur Anerkennung der Siedlungen bei. Das Urteil zeigt, dass israelische Gerichte keinen Unterschied zwischen Israel und den völkerrechtswidrigen Siedlungen machen. (tinyurl.com/wlccddor)

Weltweiter Aktionstag gegen Puma

- Der Sportartikelhersteller Puma sponsert den israelischen Fussballverband, zu dem auch Mannschaften aus illegalen israelischen Siedlungen gehören. Puma ist eingesprungen, nachdem Adidas die Zusammenarbeit mit dem Verband im Sommer 2018 eingestellt hatte. Die BDS-Bewegung fordert nun den neuen Sponsor ebenfalls auf, die brutale militärische Besatzung nicht länger zu unterstützen, und hat mit einem Aktionstag der Forderung Nachdruck verliehen. In 20 Ländern fanden gleichzeitig Aktionen und Proteste vor Puma-Läden statt. Die Kampagne wird

von über 200 palästinensischen Sportvereinen mitgetragen. Wer Sportkleider von Puma besitzt, wird aufgefordert, sie mit der Aufschrift „Boycott“ zu versehen und Teil der Kampagne zu werden. (tinyurl.com/vms4kmf)

Untersuchung durch Internationalen Strafgerichtshof rückt näher

• Am 20. Dezember 2019 liess die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs Fatou Bensouda eine juristische Bombe platzen. Eine Voruntersuchung hat gezeigt, dass eine hinreichende Grundlage besteht, um ein Verfahren wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen im besetzten palästinensischen Gebiet zu eröffnen. Möglicherweise stehen also innerhalb der nächsten Jahre Benjamin Netanjahu und weitere israelische PolitikerInnen und hochrangige Militärs als Angeklagte vor dem Gericht in Den Haag. Entgegen den Behauptungen in israelischen Medien werden auch mutmassliche Kriegsverbrechen der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen im Bericht zur Voruntersuchung genannt (tinyurl.com/r8shn7w). Als Nächstes muss das Gericht die territoriale Zuständigkeit für das besetzte palästinensische Gebiet feststellen (tinyurl.com/tej9kha). Bereits jetzt gibt es Verzögerungen in diesem Prozess und die israelische Regierung baut – zumindest rhetorisch – Druck auf, um den Prozess vollständig zu stoppen (tinyurl.com/u8t5vlz).

UN-Vertreter rügen BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags

• In einem Schreiben an die deutsche Bundesregierung äussern fünf UN-Sonderberichterstatter ihre Sorge über den Beschluss des Bundestags, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu verurteilen. Sie sehen darin einen besorgniserregenden Trend zur unverhältnismässigen Einschränkung der Meinungs-, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit. Gleichzeitig begrüssen sie jüngste Urteile deutscher Gerichte, die sich zugunsten des Rechts auf Unterstützung der BDS-Bewegung ausgesprochen haben (tinyurl.com/yx39r5fz). Nachdem die Bundesregierung auf das Schreiben nicht reagiert hat, wurde es nun auf der Website des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlicht (tinyurl.com/qwm33vp).

The Tower – Animationsfilm über die Geschichte der PalästinenserInnen im Libanon

Jenny Bolliger



Wardi, ein elfjähriges Mädchen, lebt mit ihrer Familie im palästinensischen Flüchtlingslager **Bourj el Barajneh in Beirut, Libanon**. Das Haus, in dem sie wohnt, erinnert an einen Turm. Jede Generation baut ein zusätzliches Stockwerk auf das bestehende Haus oben drauf. Als der geliebte Urgrossvater dem Mädchen eines Tages den Schlüssel zu seinem Haus in Palästina übergibt, macht sie das sehr traurig. Sie denkt, er habe seine Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat verloren. Auf der Suche nach der verlorenen Hoffnung trifft sie auf verschiedene Generationen von palästinensischen Flüchtlingen im Libanon und erfährt so unterschiedliche Geschichten und Perspektiven. Der in verschiedenen Animationstechniken ausgeführte Film ist unglaublich eindrücklich und berührend, gut recherchiert und schön gestaltet vom norwegischen Regisseur Mats Grorud.

Mit seinen Puppen und dem Film im Gepäck kehrte Grorud, der in den 90er-Jahren in Beirut studiert hat, 2019 in den Libanon und nach Palästi-

na zurück. Die beiden Filmvorführungen dort wurden wiederum filmisch dokumentiert.

Trailer zum Film The Tower (1h20, arab., engl., dt.): vimeo.com/293027011
Filmscreening im Libanon (arab., engl.): youtu.be/XIVYkpMT7g
Filmscreening in Palästina (arab., engl.): youtu.be/9S3AEkXjGiw



Die stille Flucht aus dem Libanon

Jenny Bolliger

Aktuelle Proteste im Libanon richten sich unter anderem gegen die besonderen Erschwernisse, denen die palästinensischen Flüchtlinge im Land ausgesetzt sind.



Im Libanon gehen die Menschen seit Mitte Oktober auf die Strasse, um gegen die Regierung und die mafiosen politischen Strukturen zu protestieren. Unterstützt werden sie dabei auch von den palästinensischen Flüchtlingen. Diese erhoffen sich einen gemeinsamen Kampf gegen das bestehende Machtgefüge, um auch für sich mehr Rechte auszuhandeln.

Proteste in den Flüchtlingslagern starteten bereits im Juni 2019. Ausgelöst wurden sie durch Razzien der libanesischen Regierung gegen ausländische ArbeiterInnen ohne Arbeitsbewilligung. Als ausländische Arbeitskräfte gelten auch PalästinenserInnen, selbst wenn sie schon in dritter oder vierter Generation im Libanon leben.

Schon lange dürfen palästinensische Flüchtlinge über 40 Berufe nicht ausüben. Das nun neu angewendete Arbeitsgesetz verlangt, dass alle, die als AusländerInnen gelten, eine Arbeitsbewilligung beim Ministerium für Arbeit einholen müssen. Offiziell zielt dieses neue Gesetz auf die 1,5 Millionen syrischen Flüchtlinge, die im Li-

banon arbeiten und eigene Geschäfte betreiben. Aber auch Betriebe mit palästinensischen Mitarbeitenden sind von der neuen Regelung betroffen. Zahlreiche palästinensische Betriebe mussten schliessen, weil ihre Mitarbeitenden die notwendigen Papiere nicht vorlegen können.

Bisher konnten sich viele palästinensische Flüchtlinge mit Schwarzarbeit über Wasser halten. Mit der neuen Arbeitsbewilligung steigt nun der Druck, denn sie ist mit Kosten verbunden. So wird von den ArbeitgeberInnen verlangt, dass sie für palästinensische Angestellte eine Sozialversicherungsabgabe in Höhe von 23 Prozent des Lohns leisten. Dabei dürfen die PalästinenserInnen laut Gesetz die Leistungen, die damit finanziert werden – etwa Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Mutterschutz – gar nicht oder nur sehr eingeschränkt in Anspruch nehmen. Zudem müssen 75 Prozent der Beschäftigten in grossen Unternehmen LibanesInnen sein – die Chancen für PalästinenserInnen, einen Job zu finden, werden somit weiter sinken.

Das Leben in einer Zweiklassengesellschaft ist zermürbend. Viele palästinensische Flüchtlinge sehen für sich im Libanon keine Zukunft mehr. Nicht nur die politische Stimmung droht zu eskalieren, auch Angriffe auf die Legitimität des UNO-Hilfswerks (UNRWA) zur Unterstützung der über 5,4 Millionen palästinensischen Flüchtlinge mehren sich und tragen zur Verschärfung der Lage bei. Die USA haben unter der Regierung Trump ihre Beiträge an die UNRWA eingestellt, die fehlenden Mittel werden von anderen Ländern nur unzureichend aufgefangen. So kann die UNRWA ihrem Auftrag, insbesondere die Schulbildung und die Gesundheitsversorgung in den Flüchtlingslagern sicherzustellen, nur unter erschwerten Bedingungen nachkommen und musste Leistungen kürzen. In der Kritik steht die Organisation vor allem von israelischer Seite und von PolitikerInnen, die die israelische Verantwortung für die Flüchtlingsfrage und das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr negieren. In dieses Konzert israelfreundlicher Stimmen hat sich auch der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis eingemischt, als er behauptete, das Hilfswerk trage zur Aufrechterhaltung des Flüchtlingsproblems bei und seine Rolle müsse hinterfragt werden.

Der Nachrichtensender Al Jazeera nennt die Abwanderung der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Libanon eine stille Flucht. Anfang 2019 wurden in nur drei Monaten über 1500 PalästinenserInnen gezählt, die das Land Richtung Europa verlassen haben. Die UNWRA rechnet, dass sich von den 473000 registrierten Flüchtlingen nur noch 174000 im Land aufhalten. In den letzten Jahren ist ein Netzwerk entstanden, das Flüchtlinge über Südamerika nach Spanien schleust. In den palästinensischen Flüchtlingslagern sind viele Häuser zum Verkauf ausgeschrieben. Die BesitzerInnen erhoffen sich schlicht ein Leben in Würde anderswo.

Wenn Technologie den Widerstand belebt

Mafalda Lod

Verschiedene Applikationen erlauben eine virtuelle Sicht auf die Realität des palästinensischen Lebens. Andere Online-Ressourcen stellen gut dokumentierte visuelle Tools zur Verfügung. Ein Blick auf die reiche Auswahl an kreativen Formen des Widerstands.



Infografik von *VisualizingPalestine.org* zur Situation in Hebron

Die beiden demokratischen Abgeordneten hatten eine Reise nach Palästina organisiert, die fast zeitgleich mit der von der mächtigen israel-freundlichen Lobbyorganisation AL-PAC durchgeführten Reise stattfand, an der Dutzende amerikanische Kongressmitglieder der demokratischen und der republikanischen Partei teilnahmen. Die hatten natürlich kein Problem bei ihrer Einreise, doch die von Omar und Tlaib gewählte Route gefiel der Regierung von Netanjahu weniger, denn sie wollten mit eigenen Augen die Realität der Besatzung und der israelischen Apartheid kennenlernen, friedliche palästinensische und israelische AktivistInnen treffen und Jerusalem, Ramallah, Hebron und das restliche Westjordanland besuchen. Nach einigem Rumgedruckse und der Hetze von Donald Trump beschloss die Regierung, den beiden amerikanischen Vertreterinnen die Einreise zu verbieten, wobei als Grund angeführt wurde, sie unterstützten die in Israel verbotene BDS-Kampagne.

Virtuelle Realität

Die Mitglieder des Palästinensischen Instituts für öffentliche Diplomatie reagierten gemäss dem alten Sprichwort: „Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, muss der Prophet zum Berg gehen“ und reproduzierten die geplante Route in Partnerschaft mit lokalen Reiseleitern in virtueller Realität. Das Ziel: Alle sollten die Realität der Besatzung erfahren können; gleichzeitig bestand der Wunsch, „aus dem Korsett des üblichen Diskurses zum Israel/Palästina-Thema, dem nicht funktionierenden Friedensprozess, den Verträgen etc. auszubrechen und mehr über die Menschen und ihre Realität zu erzählen“, sagt Inès Abdel Razek-Faoder vom Institut. „Wir möchten, dass die PolitikerInnen Entscheidungen auf der Grundlage der gelebten Realität der Menschen treffen“, betont sie. Also dann: Handy oder Computer einschalten, Kopfhörer aufsetzen und los geht es mit der Erkundung der virtuellen Realität!

Mehrere Personen bieten sich als ReiseleiterInnen durch einige der wesentlichen Stationen an, die ein bes-

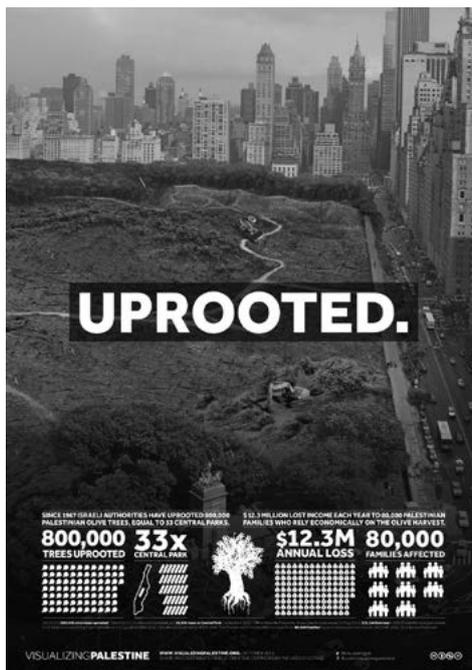
Es fehlt nur noch der Duft von Kaffee mit Kardamom, um sich wirklich in den Läden der Shuhada Street in Hebron zu fühlen. Der Rest – Stacheldraht, Barrieren, die Soldaten und die SiedlerInnen – sind deutlich in der Rundumsicht zu sehen, die die App *Palestine VR* bietet. Wenn uns unser Reiseleiter, Muhammad von der Gruppe Youth Against Settlements, die wichtigsten militärischen Wachtürme zeigt, die über der alten palästinensischen Einkaufsstrasse thronen, lassen sich mit einer einfachen Bewegung des Telefons die Silhouetten der israelischen SoldatInnen sehen und erkennen, als wäre man vor Ort. Diese neue App für Smartphones erlaubt, virtuell in Palästina einzutauchen und interaktiv die wichtigsten Sehenswürdigkeiten und Hotspots zu besuchen. Das Konzept kommt offenbar an, denn die Gratis-App ist bereits über 7000 Mal runtergeladen worden.

Wir treffen Salem Barahme, Leiter des Palestine Institute for Public Diplomacy und Erfinder der App, vor der Statue von Nelson Mandela, die Südafrika 2016 Ramallah gestiftet hat. Sie hat hohen Symbolwert für einen, der ein anderes Bild seines Landes zeigen möchte: „Das ist das ungefilterte Palästina, von PalästinenserInnen für die restliche Welt.“ Palästina und die Realität der Besatzung zu zeigen ist das erklärte Ziel des Instituts seit seiner Gründung 2012. Die Idee, eine virtuelle Immersion-App zu schaffen, ist vor Kurzem infolge eines kleinen Erdbebens in den amerikanisch-israelischen Beziehungen entstanden; im August 2019 hat die israelische Regierung beschlossen, den beiden ersten muslimischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses in den USA, Ilhan Omar und Rashida Tlaib, Letztere palästinensischen Ursprungs, die Einreise zu verweigern.

seres Verständnis der aktuellen Lage in Palästina erlauben. Wir beginnen in Jersusalem, wo Daniel Seidemann, ein israelischer Anwalt und Gründer der Organisation Ir Amin – For an Equitable and Stable Jerusalem with an Agreed Political Future uns auf der Route 1 den Spuren der Grünen Linie entlang führt, der Waffenstillstandslinie, die gemäss Völkerrecht Jerusalem zwischen dem Staat Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet teilt. Dank der Streifzüge unseres Reiseleiters durch verschiedene Stadtteile Ostjersalems bekommen wir die Realität vor Ort mit, und die sieht anders aus, als es die UNO geplant hatte. Erster Halt in Ostjersusalem, im Sheikh Jarrah-Viertel: Wir spazieren an Häusern vorbei, die von jüdischen SiedlerInnen besetzt sind, die überstürzt blau-weisse Fahnen gehisst haben. Kleiner Szenenwechsel nach French Hill, einem der grössten illegal besiedelten Stadtteile Ostjersalems: Die Zahlen, die uns der Reiseleiter nennt, machen schwindlig. Die im Hintergrund erkennbaren modernen Wohnblöcke, die sich der sonnigen Strasse entlangziehen, gehören zu den 55000 von Israel seit 1967 mit der Absicht der Judaisierung des Stadtteils gebauten Wohnungen. Dafür wurde ein Drittel des Eigentums der palästinensischen EinwohnerInnen enteignet. Weiter geht es durch den Stadtteil Issawiya, der durch die Apartheidmauer von der Stadtverwaltung abgeschnitten ist, und durch das Flüchtlingslager Shuafat, in dem seit dem Krieg von 1967 auf gedrängtem Raum Tausende Menschen leben.

Nach dieser ersten Tour, die entscheidend ist für das Verständnis der Logik der Besatzung, führt die Tour weiter ins Zentrum des Konflikts, die Altstadt Jersalems. Dieses einen Quadratkilometer grosse Gebiet wird uns vom Ali Qleibo, palästinensischer Professor für Anthropologie, vorgestellt. Qleibo, ein ausgezeichneter Kenner und Analyst der Region, zeigt uns die engen Gassen der Altstadt und die Grabeskirche.

Ein Video folgt auf das andere, schnell klebt man wie gebannt vor dem Bildschirm und folgt den prä-



Infografik von
VisualizingPalestine.org

nanten sachlichen Erklärungen der verschiedenen GesprächspartnerInnen, fasziniert von dieser Möglichkeit, sich wie ein neugieriges Kind, dessen Interesse angesprochen wird, umzuschauen. Wir befinden uns bereits in einer anderen Stadt, vor der Uni Birzeit im Norden von Ramallah, und mit einem weiteren Klick in Khan Al-Ahmar oder im Aida-Flüchtlingslager in Bethlehem, oder wieder zurück in Ramallah in Begleitung der jüngsten Journalistin der Welt, Jana Jihad.

Die Videos sind schön, die Erklärungen reichhaltig, doch der unbestreitbare Mehrwert der App *Palestine VR* liegt vor allem darin, Orte besuchen zu können, zu denen man sonst nur schwer oder gar nicht Zugang hat. Ali Qleibo empfängt uns auf der imposanten Esplanade vor der al-Aqsa-Moschee und dem im Sonnenlicht erstrahlenden Felsendom. Wir befinden uns unter den Gläubigen und den Familien, die sich hier zu einem Picknick treffen, an diesem für das gesellschaftliche Leben der PalästinenserInnen so zentralen Ort, ohne als störende TouristInnen wahrgenommen zu werden. Einen Katzensprung entfernt der Eingang

zum Felsendom, wo wir dieses normalerweise muslimischen Gläubigen vorbehaltene monumentale Bauwerk im Umayyadenstil bewundern können – ebenso wie die Millionen PalästinenserInnen und Muslime, die keine Aufenthaltsbewilligung für die heilige Stadt erhalten. Dasselbe Gefühl von Exklusivität stellt sich beim vorläufig letzten der verfügbaren Videos der App ein, wenn uns Yomna Al Sayyed auf den Al-Qaysariyya-Markt in Gazastadt in der seit 2007 abgeriegelten palästinensischen Enklave mitnimmt. Dieselbe Emotion erfasst auch Salem Barahmeh, der betont: „Ich lebe hier, aber bekomme keine Erlaubnis, Gaza zu besuchen. Die Strandszenen mit all den anwesenden PalästinenserInnen dort zu sehen, hat mich tief bewegt.“

Rund 40 informative Videos

„Einen kurzen Blick auf Palästina“, das verspricht Salem Barameh im Einstiegsvideo der App. Sie bietet weit mehr als nur einen kurzen Blick und erlaubt uns, einzutauchen in eine reichhaltige, pädagogisch gut aufbereitete Information. Dank der rund 40 Videos können wir Palästina von Norden nach Süden durchqueren, problemlos die Apartheidmauer, die Checkpoints, die Wüste und die getrennten Strassen überwinden; unterlegt sind die Filme mit theoretischem Wissen über das Völkerrecht, die Besatzung und ihre Folgen. Was vor Ort eine Woche brauchen würde, kann hier in einigen Stunden bequem vom Sofa aus absolviert werden.

„Wir wissen nicht, ob Ilhan Omar und Rashida Tlaib die App probiert haben“, meint verschmitzt Inès Abdel Razek-Faoder. „Wir haben ihnen jedenfalls vorgeschlagen, eine Veranstaltung zu organisieren und darüber zu diskutieren und warten noch auf die Antwort.“ Das Ziel ist jedenfalls erreicht, denn Tausende, die in derselben Lage sind wie die beiden Abgeordneten, können die von Israel auferlegten Zugangsbeschränkungen so überwinden.

Palestine VR ist aber nicht die einzige Ressource, mit der sich Palästina dank neuen Technologien erkunden lässt. Die PalästinenserInnen setzen

immer mehr Hebel in Bewegung, um der Welt ihre Realität zu vermitteln, die im offiziellen Diskurs der Besatzungsmacht über vielfältige Kommunikationsformen zu ersticken versucht wird. Technik, soziale Netze und Internet erlauben es, die Sicherheitskontrollen und die israelische Propaganda zu umgehen; die jungen PalästinenserInnen haben das verstanden und stürzen sich darauf, solange sie es noch können. Facebook- und Instagram-Seiten spriessen aus dem Boden, jeweils mit einem spezifischen Fokus und Blickwinkel, aber immer mit demselben Ziel: die Realität der Besatzung zu zeigen, die Millionen PalästinenserInnen vor Ort tagtäglich erleben. *Eye on Palestine* veröffentlicht täglich Videos der Bevölkerung in Palästina. Gezeigt wird beispielsweise der Alltag von TöpferInnen und anderen HandwerkerInnen oder RestaurantbesitzerInnen im Kontext der Besatzung; künstlerische Videos ohne grosse politische Ausführungen, die aber die so oft entmenschlicht dargestellten PalästinenserInnen in ihrer Normalität zeigen.

Brillante Infografiken

Die Instagram-Seite *Documenting Palestine* bietet Archivbilder und einen Ausschnitt der Geschichte Palästinas, ergänzt mit kurzen Erklärungen zum Kontext. Ein einfaches Konzept, um „die palästinensische Identität in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, im Exil und bei der Rückkehr zu erkunden“.

Künstlerisch anspruchsvoller ist die Website *Visualizing Palestine*, die von einer Gruppe von ForscherInnen, DesignerInnen und KommunikationsexpertInnen betrieben wird; sie bieten überzeugende Infografiken, gestützt auf verlässlichen Fakten, um den Konflikt für neue Generationen didaktisch aufzubereiten. Mit einem Blick erfasst man die katastrophale Wasserversorgung im Gazastreifen oder das israelische System der Spaltung der palästinensischen Bevölkerung durch das Staatsbürgerschaftsgesetz. Komplexe Fragen sind grafisch brillant umgesetzt und in grossartigen Bildern zusammengefasst.

Ob Humor, geschichtliche Fakten, Kunst oder Technologie, die PalästinenserInnen und AktivistInnen aus aller Welt, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, beschreiten immer wieder neue Wege, um die Lage vor Ort in Erinnerung zu rufen. „Wir müssen über die traditionellen Formen des Argumentierens und der Sensibilisierung hinausgehen, um neue Menschen zu erreichen und nicht nur den Bekehrten zu predigen“, ergänzt Inès Abdel Razek-Faoder. Mit lächerlichen Finanzmitteln, aber viel Einfallsreichtum und Widerstandskraft finden die PalästinenserInnen neue Formen des Widerstands.

Schliesslich sei auch das Team von *Apartheid Adventures* erwähnt, das seit 2013 Dutzende sarkastische Video-Clips zur Tourismuswerbung von „Brand Israel“ produziert hat. „Ethnische Vorrechte zu unschlagbaren Preisen“, „Eurovision – Tanz mit der Apartheid“, „Apartheid hemmungs-

los“ lauten nur einige der Titel der Videos, die verschiedene Aspekte der rassistischen Politik des Apartheidregimes in Israel/Palästina beleuchten.

Links zu den erwähnten Ressourcen

Applikation Palestine VR: tinyurl.com/uw-tw2ur

Eye on Palestine www.instagram.com/eye.on.palestine/?hl=de%20bzw.%20@eye.on.palestine

Documenting Palestine www.instagram.com/documentingpalestine/ bzw. [@documentingpalestine](https://www.instagram.com/documentingpalestine)

Visualizing Palestine www.visualizingpalestine.org

Apartheid Adventures www.apartheidadventures.com

Filmtipp

Ein Film über drei PalästinenserInnen in Israel: Noman ist 18, er lebt im arabischen Dorf Wade el Neam in der israelischen Halbwüste. Der Staat Israel erkennt dieses Dorf, ebenso wie weitere 39, nicht an. Über 100 000 Menschen haben so keinen Zugang zu Wasser, Strom, Strassen oder auch Bildung. Gamileh aus Arrabeh in Nordisrael hat ihren 17-jährigen Sohn Asiel im Jahr 2000 verloren. Als Aktivist der Friedensorganisation „Seeds of Peace“ wurde er während einer Demonstration vor ihren Augen von israelischen Polizisten erschossen. Taisier aus Akka am Mittelmeer ist mit einer Palästinenserin aus dem Westjordanland verheiratet. Obwohl sie eine Aufenthaltserlaubnis für Israel erhalten hat, besitzt sie dort kaum Rechte. Dabei wollen beide nur eines: ein würdevolles Leben mit ihren gemeinsamen Kindern führen.

Der Filmemacher Wisam Zureik – selbst in Israel geborener Palästinenser – bietet mit seinem Film einen tiefen, aufschlussreichen und anregenden Einblick in die Lebensumstände

der ProtagonistInnen. Der Film eröffnet einen Blick auf die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel und erzählt von Marginalisierung, Gerechtigkeit, Trauer, Liebe, Wut und Hoffnung.

Wisam Zureik, „Heimat am Rande“

Länge: 52 Minuten | Originalsprache: Arabisch | Untertitel: Deutsch oder Englisch



Gefördert durch die Film- und Medienstiftung NRW, Brot für die Welt, Rosa-Luxemburg-Stiftung und viele Crowdfunder.

Die SP möchte es allen recht machen ...

Martina Guggenbühl

In Widerspruch zum erklärten Willen, MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen, hat die SP Schweiz eine problematische Definition von Antisemitismus übernommen.



Im Mai 2019 hat die Geschäftsleitung der SP Schweiz in einer Resolution die sogenannte Arbeitsdefinition von Antisemitismus übernommen, die von der International Holocaust Remembrance Alliance erarbeitet wurde und von pro-israelischen Lobbygruppen propagiert wird. Einige Wochen danach hat SP-Ständerat Paul Rechsteiner ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat auffordert, diese Definition zu prüfen und zu übernehmen.¹

Angst vor Antisemitismusvorwurf

Warum hat die SP diese Definition vorgeschlagen? Woher die Dringlichkeit, sie zu übernehmen? Ja, Antisemitismus existiert zweifellos in unserer Gesellschaft und es gilt, ihn wie jede andere Form von Rassismus zu be-

kämpfen. Die Behauptung, es gebe einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle in der Schweiz, stimmt aber nicht. Aktuelle Statistiken der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zeigen, dass rassistische Angriffe auf Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Muslime/Musliminnen wesentlich verbreiteter sind. Warum also dieser Fokus nur auf Antisemitismus? Als Begründung verweist das Zentralsekretariat der SP darauf, der Partei sei verschiedentlich Antisemitismus vorgeworfen worden.

Antisemitismusvorwürfe sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie lassen sich aber auch instrumentalisieren, um politische Kritik lahmzulegen. Der Antisemitismusvorwurf wird ständig aggressiv gegen all jene vorgebracht, die die grundlegen-

den Rechte der PalästinenserInnen verteidigen und die israelische Politik kritisieren. Von solchen Angriffen sind auch zahlreiche PolitikerInnen betroffen, wie der britische Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn, der die Rechte der PalästinenserInnen stets verteidigt hat (www.aljazeera.com/investigations/thelobby/). In der Schweiz sind ähnliche, wenn auch in Umfang und Tragweite nicht vergleichbare Hetzkampagnen bekannt.²

In ihrem Bedürfnis, sich gegen Antisemitismusvorwürfe zu verteidigen, hat sich die SP aber zu oberflächlich mit der IHRA-Definition und ihren Folgen auseinandergesetzt. Damit öffnet sie der Praxis, dass VerteidigerInnen der legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung und demokratischer Rechte für alle des Antisemitismus bezichtigt werden, Tür und Tor. Dass Parteien wie die SVP und die FDP diese Definition unterstützen, ist nicht verwunderlich. Dass dies aber vonseiten der SP geschieht, die vorgibt, sich hinter MenschenrechtsverteidigerInnen zu stellen, ist unverstündlich und bedauerlich.

Fehlende Prinzipien

Anerkannte VölkerrechtlerInnen haben dem israelischen Staat vorgeworfen, ein Kolonialprojekt zu sein und Apartheid zu betreiben. Die SP-Geschäftsleitung weicht einer klaren Haltung zu diesen gravierenden Vorwürfen bislang aus. In ihrer Resolution zu Antisemitismus anerkennt sie zwar, dass es legitim ist, die israelische Politik zu kritisieren. Sie relativiert diesen Grundsatz aber umgehend, indem sie zwei Begriffe der israelfreundlichen Lobby aufgreift, um einen sogenannten „israel-spezifischen Antisemitismus“ zu behaupten, der das „Existenzrecht“ Israels leugne und „doppelte Standards“ anwende. Israel ist zweifellos nicht das einzige Land, das Völkerrechtsverbrechen begeht, aber es darf auch nicht stillschweigend übergangen werden, dass dieser Staat seit über 53 Jahren eine Besatzung aufrechter-

1 Zur Kritik an der Resolution der SP Schweiz, die sich auf die Antisemitismusdefinition der IHRA stützt, siehe die ausführliche Auseinandersetzung von BDS Schweiz zu deren Inhalt unter www.bds-info.ch/index.php/de/artikel/sp-problematische-antisemitismusdefinition.

2 Zum Beispiel schrieb die Basler Zeitung im Zusammenhang mit einem Angriff auf eine Basler SP-Grossrätin: „Antiisraelische Agitation gehört bei der SP zum Parteiprogramm.“

3 Vor Kurzem wurde der Ausschluss der nicht-jüdischen Bevölkerung mit dem Nationsgesetz weiter zementiert (siehe Palästina-Info vom Sommer 2019).

4 So rühmt beispielsweise SP-Ständerat Daniel Jositsch Seite an Seite mit SVPlernerInnen und evangelikalen Fundis die „pluralistische Gesellschaft“ Israels mit ihrer „parlamentarischen Demokratie“ (israelwerke.ch/aktuelles/israel-manifest).

hält und eine Politik des Siedlerkolonialismus, der ethnischen Säuberungen und der Apartheid betreibt.

Die SP betont, sie wolle sich für den Schutz von MenschenrechtsakteurInnen einsetzen. Menschenrechte gelten universell und müssen daher für alle BürgerInnen Israels (nicht nur für die jüdischen) gelten. Mit der Verteidigung des „Existenzrechts“ Israels manövriert sich die SP in einen Widerspruch. Denn Israel definiert sich als „jüdischer Staat“ und schliesst damit die nichtjüdische Bevölkerung prinzipiell aus.³ Besitzt diese nichtjüdische Bevölkerung also kein Existenzrecht? Zudem kann die Frage nach dem „Existenzrecht“ des Staates Israel nicht getrennt von der Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen gestellt werden.

Mit dieser schwammigen, widersprüchlichen Haltung versucht die SP nicht nur, sich gegen Antisemitismusvorwürfe zu schützen, sondern auch jene Stimmen in der Partei zu schonen, die die zionistische Politik entschieden verteidigen.⁴

Im Grund steht die SP vor einem Dilemma. Einerseits erklärt sie, demokratische Grundrechte und Menschenrechtsakteure schützen zu wollen, andererseits übernimmt sie eine Definition, die jenen schadet, die Menschenrechte verteidigen und sich gegen Rassismus und Apartheid engagieren – nicht zuletzt den PalästinenserInnen, die ihre Grundrechte einfordern. Durch den Versuch, es allen recht zu machen, verhindern die widersprüchlichen Erklärungen der SP-Geschäftsleitung, dass konkrete Forderungen gestellt und wirksame Massnahmen in Bezug auf die Unrechtssituation in Israel/Palästina vorgeschlagen werden. Im schlimmsten Fall droht sie die israelische Propaganda zu übernehmen. Ein Kompromiss ist hier nicht möglich. Solange die SP in ihren Erklärungen und ihrem Handeln nicht klar Stellung gegen die Apartheid und das Recht auf Widerstand gegen dieselbe bezieht, spielt sie der israelischen Propaganda und den VerfechterInnen eines rassistischen, identitären Gesellschaftsmodells in die Hände, die den Grundsatz von gleichen Rechten für alle untergraben.

Annexion und Raub

Hanspeter Gysin

Von der historischen Heimat des palästinensischen Volkes stehen heute noch wenig mehr als 20 Prozent unter der Verwaltung einer Pseudoautonomie, die vollständig von der Willkür der israelischen Regierung abhängig ist. Was seit 1948 an palästinensischem Eigentum geraubt oder zerstört worden ist, ist noch immer weit davon entfernt, restituiert zu werden.



Zu Palästina hat die damalige Mini-UNO im November 1947 mit Resolution 181 einen in jeder Hinsicht ungerechten und geografisch wie wirtschaftlich unsinnigen Teilungsvorschlag gemacht. Nach ethnischen Kriterien separiert, sollte ein arabischer Staat für die PalästinenserInnen und ein jüdischer Staat für die zionistischen EinwanderInnen geschaffen werden. Unabhängig davon, ob die Mehrheitsbevölkerung Palästinas diesem Plan zugeneigt war oder nicht, haben terroristische zionistische Milizen sofort nach Verabschiedung des Plans, also Monate vor der Ausrufung des Staates Israel, damit begonnen, weite Teile Palästinas von nichtjüdischen Menschen zu säubern. Dieser von langer Hand vorbereitete Eroberungsfeldzug wurde erst nach der offiziellen Staatsausrufung im Mai 1948 von jordanischen Truppen, den einzigen im damaligen Nahen Osten, die über eine ausreichende Kampfkraft verfügten, gestoppt, was zur Waffenstillstandslinie von 1949, der sogenannten Grünen Linie, führte. 1967 wurde dann das von Jordanien

kontrollierte Rumpfpalästina von der hochgerüsteten israelischen Armee erobert, um sich die totale Kontrolle des Territoriums zwischen dem Jordanfluss und dem Mittelmeer zu verschaffen.

Seit Beginn der zionistischen Eroberungspolitik wird seither Quadratmeter um Quadratmeter besetzt, enteignet und annektiert. Unter dem Vorwand der Sicherheit für Israel wird die angestammte Bevölkerung in den Besatzungszonen verdrängt, ihr Land mit exklusiv jüdischen Siedlungen durchdrungen, mit Mauern und Stacheldraht eingezäunt und mittels grosszügigen Sperrgebieten militärisch abgesichert.

So ist, immer in der Absicht der späteren Annexion, das den PalästinenserInnen übrig gebliebene Land heute so fragmentiert, dass ein auch nur annähernd lebensfähiges palästinensisches Gemeinwesen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Alle Enteignungen erfolgten und erfolgen selbstverständlich entschädigungslos, was die Bezeichnung Raub rechtfertigt. Der gewaltsame Raub von Land,

Häusern, Produktionsbetrieben und ihren Einrichtungen, Plantagen, Infrastruktur und Wertsachen etc. von Hunderttausenden ist für Israel bisher ohne Folgen geblieben. Eine Rückerstattung und Reparation der Schäden an Leib und Gut der Vertriebenen ist auch für die sogenannte Weltgemeinschaft noch kein Thema.

Im Gegenteil, die israelische Regierung kann sich erlauben, regelmäßig Annexionsdrohungen zu äussern, und sie in der Folge auch ungestraft zu realisieren. Ja, die Ankündigung von weiteren Landbeschlagnahmen gilt im Wahlkampf um die Regierungsmacht als etwas, was offenbar nicht nur in Israel für normal gehalten wird. Man stelle sich vor, welcher Sturm der Entrüstung durch die Medienwelt gehen würde, wenn ein Staatsmann eines anderen Landes solche Absichten zum zentralen Wahlkampfthema machen würde.

Vom Umgang mit Territorialkonflikten

Es gibt in der Welt zahlreiche Konflikte um Territorium. Beispielsweise liegen sich die Regierungen Pakistans und Indiens um die Provinz Kaschmir in den Haaren, oder die chinesische Regierung stellt Anspruch auf die ursprünglich chinesische Insel Taiwan. Streitigkeiten um Staatsgrenzen gab es nach dem letzten Weltkrieg zwischen heute zur EU gehörenden Staaten und unter den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Letztere beispielsweise haben auf politischen Druck von aussen Gesetze erlassen, welche das Recht auf Rückkehr der im Zuge von Kriegshandlungen vertriebenen Menschen regeln und Entschädigungen für ihre Verluste einklagbar machen¹. Einen entsprechenden Druck auf Israel hat es nie gegeben.

Als der irakische Diktator Saddam Hussein im Jahr 2011 die Abspaltung des Ölscheichtums Kuwait vom Irak durch die Briten von 1922 rückgängig machen wollte und sich das Nachbarland gewaltsam einzuverleiben trachtete, hat das die USA sofort dazu veranlasst, militärisch einzugreifen. In den Massenmedien der westlichen

Welt werden Gebietsaneignungen, wie beispielsweise die der Halbinsel Krim, als Annexion bezeichnet und wortreich verurteilt. In diesem konkreten Fall, auch wenn er zweifelsohne ein Bruch völkerrechtlicher Bestimmungen bedeutet, ist es jedoch fragwürdig, von Annexion im Sinne der gängigen Definition zu reden, da die Bevölkerung der Krim in einem Referendum über ihren Zugehörigkeitswunsch befragt wurde und sich dabei für Russland entschieden hat. Völkerrechtlich zu beanstanden ist hier folglich nur die Tatsache, dass nicht auch die Bevölkerung der Ukraine über die Abspaltung mitbestimmen konnte. Im Falle des Kosovo erfolgte dagegen die Abspaltung von Serbien mit Unterstützung der EU und der USA einseitig, wurde also nicht auch durch eine Befragung der serbischen Bevölkerung sanktioniert. In Analogie zur Krimgeschichte ein klarer Fall von Völkerrechtsbruch. Solche Regelungen, ob gelöst oder nicht, sind nicht vergleichbar mit der Situation in Palästina. Die ansässige Bevölkerung dort wurde nie konsultiert.

Vielen dieser Konflikte ist eigen, dass sie als Verhandlungsmasse gekennzeichnet sind und die jeweiligen Konfliktparteien jeweils über ein Wehrpotenzial und politische oder wirtschaftliche Druckmittel verfügen, welche zumindest den aktuellen Status in einem einigermaßen ausgeglichenen Kräfteverhältnis erhalten. Nicht so in Palästina, wo ein vom Westen hochgerüsteter Staat einer militärisch unterdrückten, weitgehend wehrlosen einheimischen Bevölkerung gegenübersteht.

Die Haager Konvention von 1907 bestimmt im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dass die Beschlagnahme von Privateigentum ebenso verboten ist wie Plünderungen. Sie untersagt zudem Kollektivstrafen an der Bevölkerung. Die UNO-Mitgliedsländer haben diese Konvention mehrfach bestätigt, zum

letzten Mal 1976. Der UN-Teilungsplan von 1947, selbst wenn er in dieser Form nie umgesetzt wurde, legte mit aller Klarheit fest, dass Menschenrechte eingehalten werden müssen, Enteignungen unzulässig und die Minderheitenrechte in beiden vorgeschlagenen Staaten zu gewährleisten sind. 1949 hat die UNO mit Resolution 303 festgehalten, dass Jerusalem unter internationalem Recht steht und damit nicht, wie gefordert, Israels Hauptstadt sein könne. 1967 eroberte Israel die syrischen Golanhöhen (in den 80er-Jahren annektiert), Ostjerusalem (unverzüglich annektiert), die Westbank (mit Siedlungen und Militärstützpunkten durchzogen), Gaza (hermetisch abgeriegelt) und den Sinai (1982 auf Befehl der USA zurückgegeben). Die seit 1967 in zahlreichen UNO-Resolutionen formulierten Lösungsvorschläge für den Nahostkonflikt gehen stets vom Prinzip des Rückzugs Israels aus den widerrechtlich besetzten Gebieten auf die Grüne Linie von 1949 aus. Die UNO-Resolution 478 erklärte zudem 1980 die Annexion Jerusalems nach internationalem Recht für nichtig. UN-Resolution 478 von 1980 fordert von Israel, diese Annexion rückgängig zu machen. Die Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007 fordert das Prinzip der Rückgabe geraubter Güter durch Besatzungsmächte².

Festgeschriebene internationale Restitutions- und Reparationsregelungen mit Gesetzescharakter gibt es bisher einzig bezüglich der von den Nazis durchgeführten Beschlagnahmen von jüdischem Eigentum. Andere Regelungen zur Rückgabe geraubter Werte sind in der Regel Resultat von Friedensvereinbarungen nach kriegerischen Auseinandersetzungen. Solche werden von Israels Regierungen seit Jahrzehnten systematisch hintertrieben.

Es drängt sich auf, dem bereits verbrieften Recht auf Rückkehr der Vertriebenen das Recht auf Restitution und Reparation ihrer Verluste hinzuzufügen.

1 Das Beispiel des Restitutionsvertrags zwischen den Interventionsmächten im Jugoslawienkrieg und der Republik Serbien: tinyurl.com/qnyzc24

2 Die entsprechende Resolution 61/295 wurde von 143 Ländern angenommen und nur von den USA, Australien, Neuseeland und Kanada abgelehnt. tinyurl.com/wayslec

Der messianische Irrsinn

Interview mit David Sheen

Die Fragen stellten Roman Vonwil und Birgit Althaler

Der israelische Journalist David Sheen hat im November in der Schweiz über den Einfluss von extrem rassistischen religiösen Gruppen auf israelische Regierungskreise referiert. Im Gespräch äussert er sich über die Rechtsentwicklung in Israel und die Rolle des Zusammenschlusses des traditionell nationalistischen mit dem religiösen Lager.



David Sheen

Frage: Seit einigen Jahren befinden sich extrem rechte Strömungen, die du als „supremacists“ bezeichnest und die ihre Ziele auch mit Anschlägen und Morden durchzusetzen versuchen, in Israel im Aufwind. Sie dringen weit in die Mitte der Gesellschaft vor. Was besagt diese Akzeptanz extrem rassistischer Kräfte über den Zustand der israelischen Gesellschaft?

David Sheen: Diese extrem rechte Rhetorik der Regierung, welche die Realität in Israel prägt, zeigt, dass die liberalen Verbündeten Israels die Menschen vor Ort im Stich lassen. Selbst unter US-Präsident Obama wurde Israel bedingungslos unterstützt. Milliarden von US-Dollar flossen ins Land – mehr als je zuvor – und die USA haben praktisch jede israelkritische UN-Resolution mit ihrem Veto blockiert. Dahinter steckt die Idee, dass sich die Israelis dadurch sicher und in die Weltgemeinschaft eingebunden fühlen und bereit sind, Opfer und Kompromisse hinzunehmen und den Palästinenser-

Innen Gebiete abzutreten. Diese Politik ist gescheitert. Passiert ist genau das Gegenteil. Die israelische Bevölkerung ist nicht kompromissbereiter geworden. Die internationale Unterstützung hat im Gegenteil dazu geführt, dass die israelische Gesellschaft noch weiter nach rechts gerückt ist. Die Regierung hält es nicht einmal mehr für nötig, so zu tun, als wäre Israel eine liberale Demokratie. Weil sie von ihren Verbündeten sowieso unterstützt wird, egal, wie weit sie geht.

Es gibt die anderen Verbündeten Israels, die nicht zum Ziel haben, eine echte demokratische Situation herzustellen. Diese Kräfte sind auch in vielen europäischen Ländern im Aufschwung. Zum Beispiel Richard Spencer, ein Führer der neurechten identitären Bewegung in den USA, der sagte, Israel sei mit dem „Nationsgesetz“ ein Vorbild für ein weisses Europa. Wie funktioniert der Austausch zwischen rassistischen Gruppen in Israel und in anderen Ländern?

Auf der einen Seite behauptet die Hasbara, also die staatliche Rhetorik, Israel sei ein „Licht unter den Nationen“ und inspiriere andere, besser zu sein. In Wirklichkeit ermutigt das Beispiel Israel andere Länder, schlechter zu werden. Es entsteht ein Wettlauf nach unten. Ein klassisches Beispiel dafür ist, dass in den USA weisse RassistInnen jetzt das israelische Modell eines Ethnostaates übernehmen. Sie fragen sich, warum nur Juden/Jüdinnen das Recht haben sollen, andere Menschen, die nicht ihrer ethnischen Gruppe angehören, als minder-

wertig und rechtlos zu behandeln. Ist es nicht heuchlerisch, dass wir an höheren Standards gemessen werden, wenn wir die israelische Ethnokratie unterstützen? Auf diese Weise exportiert Israel ein Modell eines rassistischen Staates.

Eine zentrale Person in der israelischen Rechtsentwicklung war der 1990 ermordete Rabbiner Meir Kahane, der sich zuvor in den USA durch seine aggressive Bekämpfung der Antivietnam- und Bürgerrechtsbewegung sowie der Linken hervorgetan hat und 1971 nach Israel zog. Du nennst seine Bewegung das fünfte, das messianische Lager. Welche Rolle hat Kahane in Israel gespielt?

Die grösste Wirkung Kahanes auf die israelische Gesellschaft war, dass er den Rassismus legitimierte. Natürlich gab es diesen schon früher. Der Staat hat die nicht-jüdischen BürgerInnen von Anfang an diskriminiert. Aber die führenden PolitikerInnen der ersten Jahrzehnte verwendeten eine liberale Rhetorik. Selbst wenn sie rassistisch waren und hinter verschlossenen Türen eine rassistische Sprache benutzten, sahen sie sich als VertreterInnen einer liberalen Tradition und zögerten, sich mit rassistischen Ideen zu identifizieren. Kahane brach ein Tabu. Er sprach sich offen für Rassismus aus. Ethnische Säuberung war ein politisches Ziel, das er offen vertrat. Heute schämen sich viele Israelis nicht mehr, genau das auszusprechen. Laut einer aktuellen Umfrage unterstützen 48 Prozent der israelischen Juden/Jüdinnen die Idee, die palästinensische Bevölkerung aus dem Land zu vertreiben. Das ist die Hälfte der Bevölkerung! Und das sind nur diejenigen, die bereit sind, das offen zuzugeben. Das ist beängstigend. Und eine direkte Folge von Kahanes Tabubruch.

Früher wurden Kahane und seine Partei Kach auch in Israel als terroristisch eingestuft und von den Wahlen ausgeschlossen. Heute scheinen sie im Mainstream angekommen zu sein. Gibt es keine RichterInnen, keine PolitikerInnen oder sonstige gesellschaftliche Kräfte, die diese Tendenz als gefährlich einstufen?

Die Partei von Kahane selbst wurde zwar von den Wahlen ausgeschlossen, aber die Partei seiner AnhängerInnen wurde vom Obersten Gerichtshof, vom Wahlausschuss der Knesset und der Likud-Partei zugelassen. Der Erfolg der Kahane-AnhängerInnen darf nicht daran gemessen werden, wie viele Stimmen oder Parlamentssitze sie erhalten. Sie sind keine Massenbewegung und werden es auch nie sein. Ihre Strategie ist, die Avantgarde zu bilden und das Land immer weiter nach rechts zu drängen. Wie messen wir ihren Einfluss? Eine Möglichkeit ist, anzuschauen, wer ihre GeldgeberInnen sind. Diese finanzieren auch Netanjahu und seine Likud-Partei. Israel Ariel, Oberrabbiner der Templerbewegung und früherer Kandidat der Kahane-Partei für die Knessetwahlen, erhält jetzt Mittel vom Bildungs- und Kultusministerium, um israelischen Jugendlichen und Kindern den Wunsch zu vermitteln, einen Tempel auf den Ruinen der Al-Aqsa-Moschee zu errichten. Kahane-Treue erhalten also Mittel von den GeldgeberInnen der Likud-Partei und der Regierung. Gleichzeitig dringen sie in die herrschende Partei selbst vor. In der vorletzten Knesset sass Jehuda Glick, ein Kahane-Anhänger. May Golan war jahrelang eine Kandidatin der kahanistischen Partei. Netanjahu warb sie ab und machte sie zur Knessetabgeordneten seiner Partei. Die Kahane-AnhängerInnen müssen also nicht offen im Parlament sitzen. Sie haben die bestehenden Strukturen infiltriert und Zugang zum Budget und zu Regierungskreisen. Von dort aus können sie leicht Einfluss auf die Politik nehmen.

Wie reagiert das liberale zionistische Establishment, das lange die dominante politische Kraft in Israel war, auf diese Strömungen?

Um die Reaktion der liberalen zionistischen Seite zu verstehen, müssen wir zuerst definieren, was wir unter „liberalen ZionistInnen“ verstehen. Wie viele gibt es noch? Da ist zum Beispiel die Meretz-Partei. Sie weisen auf das Problem des Kahanismus hin und schlagen lautstark, aber vergeblich Alarm, dass dieser rechte Rassis-

mus in die Regierung eindringt. Viele sehen auch die israelische Arbeitspartei als liberale ZionistInnen, aber das stimmt nicht. Wie die sogenannten säkularen Rechten oder ZentristInnen – Tzipi Livni, Blau-Weiss und Yahir Lapid – haben sie mit den Rechten zusammengearbeitet, um die Linke zum Schweigen zu bringen, den Einsatz für Menschenrechte zu delegitimieren oder das Nationsgesetz voranzubringen, das aus zentristischen und nicht aus rechten Kreisen kam. Diese ZentristInnen haben Konzepte, die Kahane entwickelt hat, übernommen und gefördert. Das Nationsgesetz war in vielerlei Hinsicht ursprünglich eine Idee von Kahane. Und es war dann Tzipi Livnis Kadima-Partei, die das Gesetz in die Knesset brachte. Die ZentristInnen haben es versäumt, sich gegenüber der Kahanebewegung abzugrenzen, und stattdessen die Hintertür geöffnet, sodass Kahanes Ideen in den Mainstream vordringen können.

In Europa leben viele junge Israelis, die sich mit der Politik ihres Landes nicht identifizieren und auswandern. Ist die Jugend in Israel kritischer als früher?

Nein. Die Jugendlichen sind nicht kritischer gegenüber der Ausrichtung der Regierung als frühere Generationen. Diejenigen, die kritisch sind, kommen aber zum Schluss, dass es keinen Platz mehr für sie gibt. Sie wollen ihre Kinder nicht im israelischen Schulsystem grossziehen, wo sie von frühester Kindheit an Rassismus aufnehmen, und ziehen es vor, ihr Glück in anderen Ländern zu suchen. Alle paar Jahre werden junge Israelis zu ihrer politischen Meinung befragt. Dabei sehen wir zum Beispiel, dass über die Jahre der Anteil derer, die bereit sind, im gleichen Mehrfamilienhaus wie nicht-jüdische Personen zu leben oder an gemischten Universitäten zu studieren, abnimmt. Die Hälfte der israelischen Jugendlichen ist nicht bereit, PalästinenserInnen oder andere Nicht-Juden/-Jüdinnen als gleichwertig anzusehen, und will, dass sie verschwinden. Das sind beängstigende Statistiken. Im Gegensatz zu anderen Teilen dieser Welt, wo wenigstens der Trend, dass junge Menschen we-

niger rassistisch sind als ihre Eltern, Anlass zu Hoffnung gibt, sehen wir in Israel den gegenteiligen Trend: Die Menschen werden von Generation zu Generation rassistischer.

Das ist eine düstere Prognose. Hast du eine Perspektive für Israel/Palästina?

Ich bin in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der alle gleichberechtigt sind; in einer multikulturellen Gesellschaft in Toronto. Natürlich war das keine perfekte Demokratie. Es gibt nicht wenige Probleme in Kanada. Auch dort gibt es Rassismus, genau wie hier in der Schweiz und in anderen Teilen der Welt. Aber zumindest gibt es das Bestreben, dass alle Menschen unabhängig von Rasse und Religion gleichbehandelt werden. Ich bin der Meinung, dass das die Basis der Gesellschaft sein soll. Und ich fordere das auch für Israel. Ich möchte eine Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt sind. Ich will keine Grenzen, die das Land in Einzelstaaten aufteilen. Unter anderem, weil damit die Idee legitimiert würde, dass in jedem Staat eine ethnische Gruppe dominieren sollte. Ich sehe oft, dass jüdische Israelis, wenn palästinensische BürgerInnen Israels oder andere Nicht-Juden/-Jüdinnen sich über Rassismus beschwerten, sagen: „Wenn es dir hier nicht gefällt, geh doch nach Ramallah.“ Das kann nicht die Antwort sein. Wir müssen dem Rassismus in unserer Gesellschaft entgentreten und nicht der Idee einer Ethnokratie einen Blankocheck erteilen. Ich möchte, dass es einen demokratischen Staat mit gleichen Rechten für alle gibt. Ich weiss nicht, ob das zu meinen Lebzeiten passieren wird, und wenn alle im Land einer Zwei-Staaten-Lösung zustimmen, werde ich keinen Sisyphuskampf führen, um 99 Prozent der Menschen davon zu überzeugen, es anders zu machen. Aber wenn du mich nach meiner Meinung fragst, ist der demokratische Staat für alle mein Ziel.

Zu David Sheens Analyse der politischen Lage in Israel, siehe Israeli Politics decoded youtu.be/r9h1xoOY63Q bzw. www.davidsheen.com/

Wie jüdische PsychoanalytikerInnen die Friedensunfähigkeit Israels erklären

Arn Strohmeier

„Je irrationaler die Politik, desto mehr brauchen wir die Psychologie des Unbewussten, um sie zu verstehen und zu verändern – und uns mit ihr“, schreibt die deutsche Psychoanalytikerin Thea Bauriedl. Wenn dann die Israelin Fania Oz-Salzberger (die Tochter des Schriftstellers Amos Oz) über ihr Land anmerkt, dass aus „langsam wachsendem Irrsinn mittlerweile kompletter Wahnsinn“ geworden sei, dann belegt das, wie nötig ein Blick aus der Perspektive der Psychoanalyse auf die Politik Israels ist.



Das Judentum war von Beginn seiner Entstehung an in zwei gegenläufige Tendenzen gespalten: in ein partikularistisch ausgerichtetes Stammesdenken und in einen humanistisch gesinnten Universalismus. Dies zeigt sich heute im polaren Gegensatz zwischen dem radikal nationalistisch eingestellten Zionismus und dem sich an Menschenrechten und Völkerrecht orientierenden Teil des Judentums. Der Begründer der Psychoanalyse, der Wiener Jude Sigmund Freud, war sich dieses Gegensatzes stets bewusst und deshalb bestrebt, sein wissenschaftliches Werk – eben die Psychoanalyse – vor ethnischer Vereinnahmung zu schützen. Aus dieser Einstellung ergab sich seine universalistische Position und damit seine Kritik am Zionismus von ganz allein.

Nach anfänglichen Sympathien für die zionistische Ideologie ging er bald auf Distanz zu ihr, als er sah, wie unmenschlich die jüdischen SiedlerInnen die einheimische arabische Bevölkerung behandelten. So äusserte er sich 1936 skeptisch über einen jüdischen Staat: „Die Geschichte hat dem Judentum keinen Anlass gegeben, seine Fähigkeiten zur Bildung eines Staates und einer Gesellschaft zu entwickeln.“

In der vorstaatlichen zionistischen Gesellschaft, dem Jischuv, und im Staat Israel nach 1948 zeigte sich die Spaltung des Judentums in Partikularisten und Universalisten unter den AnalytikerInnen in aller Deutlichkeit: Ein Teil von ihnen ordnete sich den ideologischen Vorgaben des Zionismus unter, um so einen Beitrag zur Realisierung des Erziehungsideals

des „neuen Juden“ und zur Integration der israelischen Gesellschaft zu leisten. Die universalistisch eingestellten AnalytikerInnen – zumeist Einwanderer, die vor dem Nationalsozialismus geflohen waren – blieben ihrer auf die ganze Menschheit bezogenen humanistischen Ausrichtung treu. Aus ihrem Lager kommt denn auch bis heute eine radikale Kritik an der zionistischen Ideologie und der sich aus ihr ergebenden Politik des Staates Israel, besonders an dessen Vorgehen gegen die PalästinenserInnen.

Einer der unerbittlichsten Kritiker des israelischen Siedlerkolonialismus ist der Analytiker Benjamin Beit-Hallahmi. Er beschreibt die Politik Israels als „zynisch, autoritär und reaktionär“: Der Vorrang von Gewalt, Eroberung und Herrschaft sei das Kennzeichen der israelischen Identität und Erfahrung geworden. Die PalästinenserInnen waren die Leidtragenden dieser inhumanen, äusserst grausamen Politik. Die ZionistInnen sahen diese Menschen als „überschüssige“ Bevölkerung an und waren bestrebt, sich von ihr zu befreien, wobei jedes Mittel Recht war. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ihre Rechte anzuerkennen und mit ihnen zusammenzuleben, haben die ZionistInnen (abgesehen von ein paar human gesinnten KultursozialistInnen) nie in Erwägung gezogen. Die PalästinenserInnen waren für die ZionistInnen eigentlich gar nicht vorhanden, kamen in ihren Plänen nicht vor. Man musste sie bekämpfen wie die Sümpfe, die Hitze und die Malaria in Palästina, schreibt Beit-Hallahmi.

Wer so brutal vorgeht wie die ZionistInnen, der muss eine Rechtfertigungs- und Verteidigungsstrategie entwickeln, um so die eigenen Untaten zu verschleiern. Um dies zu erreichen, setzt Israels Propaganda – so der Analytiker – vor allem den

Antisemitismusvorwurf ein, um jede Kritik an seinem Vorgehen gegen die PalästinenserInnen abzublocken und zum Schweigen zu bringen. Ein anderes Mittel, jede rationale Diskussion über seine Politik abzuwürgen, ist die Instrumentalisierung des Holocaust. Ihn als Argument vorzubringen, dient demselben Zweck: jede kritische Stimme gegen Israel zu unterdrücken.

Der israelische Analytiker Ofer Grosbard, der im deutschsprachigen Raum mit seinem Buch *Israel auf der Couch* bekannt geworden ist, konstatiert als Grundgefühl der israelischen Existenz Angst, die bis zur Paranoia gehen kann und ein Ergebnis der jüdischen Leidensgeschichte (gipfeln im Holocaust) sei. Die Folge sei ein Gefühl ständiger Bedrohung, auch wenn diese gar nicht real vorhanden sei. Der Paranoide – so Grosbard – schwankt zwischen Unsicherheit und Angst einerseits und Selbstgerechtigkeit, dem Gefühl der Einzigartigkeit und Auserwähltheit, Überheblichkeit und Arroganz auf der anderen Seite. Da die schlimmen Erinnerungen aus der Vergangenheit in der Gegenwart immer präsent seien, könne der Paranoide den „anderen“ (in diesem Fall den PalästinenserInnen) nie wirklich begegnen, ohne das Gefühl der Bedrohung auf sie zu übertragen.

Was aber auch bedeutet, dass der Paranoide die Schuld für sein Handeln nie bei sich selbst suchen kann, sondern nur bei dem „anderen“; die Welt ist eben für ihn in „gut“ und „böse“ gespalten. Die aus einem solchen psychischen Zustand sich ergebende Aggressivität der israelischen Politik, für die der Krieg gegen die PalästinenserInnen und ihre Unterdrückung der Normalzustand sind (die aber immer als „Selbstverteidigung“ dargestellt werden), ist für Grosbard der Ausgangspunkt der Tragödie, die sich seit über hundert Jahren in Palästina abspielt. Aufgrund seiner paranoiden Haltung, folgert der Analytiker, versteht Israel nur die Sprache der Gewalt, die Sprache des Friedens ist ihm verschlossen.

Die israelische Analytikerin Ruchama Marton, die BDS befürwortet und für die Gründung der im besetzten pa-

lästinensischen Gebiet tätigen Organisation Physicians for Human Rights den Alternativen Nobelpreis erhielt, steuert zu dem Komplex Israels Politik in psychoanalytischer Sicht einen wichtigen Aspekt bei: Sie deutet die Mauer, die Israel gebaut hat, um sich von den PalästinenserInnen zu separieren, als eine „metaphorische Blende“. Dieses monströse Bauwerk ist für die Israelis also ein Symbol der Trennung und Absonderung von den „anderen“, den Wilden, Unzivilisierten, mit denen man nichts zu tun haben will.

Dieser Haltung liegt der psychologische Mechanismus der seelischen Spaltung zugrunde. Man spaltet die äußeren wie die inneren Aspekte des guten Selbst vom bösen Selbst ab und überträgt die ungeliebten Anteile des eigenen Selbst auf die „anderen“, in diesem Fall auf die PalästinenserInnen. Dann kann man die projizierten bösartigen Teile und Eigenschaften verachten, die ja nun den „anderen“ angehören. So kann die israelische Gesellschaft sich als zivilisiert und friedliebend ansehen, während sie die aggressiven, gewalttätigen und grausamen Eigenschaften den PalästinenserInnen jenseits der Mauer anhängt.

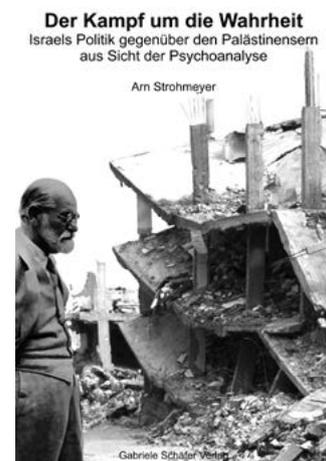
Der deutsch-jüdische Historiker Dan Diner zeigt einen ebenfalls wichtigen Aspekt der israelischen Psyche auf: Die Israelis verleugnen das wirkliche Geschehen in Israel/Palästina – eben die durch den gewalttätigen Siedlerkolonialismus herbeigeführte Unterdrückung eines ganzen Volkes – und ersetzen es durch Deutungen, die sie aus den Leidenserfahrungen ihres Volkes ableiten. Die PalästinenserInnen sind in dieser Projektion die „neuen Nazis“, die Israels Existenz bedrohen und aus einer antisemitischen Motivation heraus das Vernichtungswerk der Nazis fortsetzen und Israel beseitigen wollen.

Dies ist eine völlige Verkehrung der wirklichen Situation, weil sie die Rollen von Opfer und Täter im Palästina-Konflikt vertauscht. Hier liegt ausserdem das bekannte Phänomen der Wiederkehr des Verdrängten vor. Da die eigene Vergangenheit nicht

wirklich verarbeitet wurde, ist sie in der Gegenwart ständig präsent und zwingt zu Wiederholungen. Die amerikanisch-jüdische Philosophin Judith Butler, die stark von Freud beeinflusst ist, sieht deshalb nur einen Weg aus dem Dilemma der ZionistInnen: die eigene Vergangenheit so durcharbeiten, dass das „Damals“ nicht ständig in das „Heute“ eingreift und es bestimmt, die Vergangenheit also nicht die Gegenwart beherrscht. Erst dann kann die verzerrte Wahrnehmung der Gegenwart überwunden und der „andere“ wirklich wahrgenommen werden. Erst dann wäre Frieden möglich.

Seit Jahrzehnten streiten Israel und die PalästinenserInnen nicht nur um das Recht auf das Land, sondern auch um das richtige historische Narrativ. Denn ein Frieden kann nicht einfach dadurch geschaffen werden, dass die PalästinenserInnen (und die AraberInnen) den Status quo und damit die Realität Israels bedingungslos anerkennen, ohne nach der Vorgeschichte der Entstehung dieses Staates und nach den Tatsachen zu fragen, die der Zionismus gegen den Willen der PalästinenserInnen geschaffen hat. Nicht nur die HistorikerInnen, auch die PsychoanalytikerInnen können so einen wichtigen Beitrag bei der Suche nach der historischen Wahrheit leisten.

Arn Strohmeier: Der Kampf um die Wahrheit. Israels Politik gegenüber den Palästinensern aus der Sicht der Psychoanalyse, Gabriele Schäfer Verlag Herne, ISBN 978-3-944487-70-0, 17,80 Euro



We Are Not Numbers

Ein Coaching-Projekt unterstützt englischsprachige Studierende aus dem Gazastreifen dabei, sich im Ausland Gehör zu verschaffen.

Birgit Althaler

Auftritt der 20-jährigen Autorin Malak Mattar, Bloggerin und Malerin aus dem Gazastreifen, an der Buchmesse in Basel. Ihre Texte und Bilder sind prominent im auf Deutsch erschienenen Buch *We Are Not Numbers* vertreten. Im Gespräch äussert sich Mattar, die zurzeit dank eines Stipendiums in der Türkei lebt, beeindruckend selbstsicher, klar, differenziert. „Was ist schlimmer, die materiellen Sorgen oder die kulturelle Isolation?“, fragt die Moderatorin. „Muss ich wählen?“ Beides sei dominant, aber durch das Eingesperrtsein sei das kulturelle Leben extrem erschwert, erwidert sie. Und wie lässt es sich leben unter Krieg, in diesem Gefängnis Gaza? „Man lernt zu lieben, was wirklich zählt. Im Krieg stumpft man ab, ist überwältigt von Angst, vom Gefühl, als Nächstes dranzukommen, bedeutungslos zu sein, zu sterben wie Insekten. Die meisten Opfer sind Zivilpersonen.“ Mattar gehört zu jener Generation, die bereits drei massive Kriege erlebt hat. Während der Angriffe selbst stehe die Sorge um das physische Überleben im Zentrum. Danach reagiere man hyperempfindlich auf viele Geräusche, die bedrohliche Emotionen wachrufen.

Auch Genderfragen haben sie von klein auf interessiert. „Women are still not completely free“, die Aussage lässt mich aufhorchen. Wohldosierte Emotion? Oder bewusste Unaufgeregtheit gegenüber einem Publikum, das oft festgefahrene Bilder

von der Unterdrückung der Frauen in der arabischen Welt hat? Ja, Frauen sind noch nicht „völlig frei“: nicht im Gazastreifen, und auch nicht in der restlichen Welt.

Der Weg, den Mattar und zahlreiche andere junge Menschen aus dem Gazastreifen gewählt haben, ist, über ihr Land zu reden – „verletzlich, empfindlich, traurig, wütend“.

Und eben kontrolliert, wie ich ergänzen möchte. Denn wie sonst lässt sich über Palästina, wie über den Gazastreifen schreiben? Wie kann man der Welt die Realität vor Ort vermitteln? Diese Frage drängt sich mir immer wieder schmerzhaft auf: etwa wenn eine linke Wochenzeitung uns vorschreibt, den Begriff „israelische Kriegsmaschinerie“, den ein betroffener linker Intellektueller in unserer Gaza-Sondernummer verwendet, durch einen neutraleren Begriff zu ersetzen, um keine Assoziationen mit dem Nationalsozialismus zu wecken; oder wenn ein befreundeter Historiker, den ich ansonsten für einen differenzierten Denker halte, die schrecklichen Sätze schreibt: „„Marsch der Rückkehr“¹: ein derart zynisches und menschenverachtendes Manöver habe ich schon lang nicht mehr gesehen. Wenn man diese sympathischen jungen Männer ‚zurückkehren‘ liesse, in ein Land, in dem sie nie gelebt haben und in dem sie nichts verloren haben, dann würden sie in die nächsten israelischen Ortschaften einrücken, um dort so

viele Menschen wie möglich zu töten, in bester NS-Manier.“ Ist es nicht Ausdruck dessen, was eine der Mentorinnen von *We Are Not Numbers*², Alice Rothchild, im Nachwort zum Buch feststellt: dass es Menschen im Westen angesichts des Wissens über den Holocaust oft schmerzt anzuerkennen, welches Unrecht Israel heute begeht und wie sehr es in Zusammenhang mit dem rassistischen, kolonialen europäischen Erbe steht?

Wie also lässt sich über Gaza schreiben? Die Frage hatten wir uns als Redaktion gestellt, als wir 2017 eine Sondernummer zu diesem dicht besiedelten, hermetisch abgeriegelten Gebiet produziert und neben Krieg, Zerstörung, Armut, Bedrohung und Enge auch Aspekte der Schönheit, des mehr oder weniger geglückten Alltags in den Blick genommen haben. Dieselbe Frage stellen sich ganz zentral die im Projekt mitwirkenden jungen AutorInnen, die den Gazastreifen mehrheitlich kaum verlassen können und nur über soziale Medien mit der Aussenwelt verbunden sind – zumindest die wenigen Stunden, wo die Verbindung klappt und ihre Geräte auch Strom beziehen. Junge Frauen und Männer, die eine Antwort suchen auf den befremdlichen Blick der Aussenwelt. Über 200 angehende AutorInnen zwischen 17 und 29 Jahren konnten bislang bei *We Are Not Numbers* mitwirken, das sich an Studierende der englischen Sprache und Literatur richtet. Sie wollen „diskutieren, wie Palästina in einen allgemeinen Diskurs gebracht werden kann, der über Stereotypen und das von Israels Nachrichtenindustrie propagierte Framing hinausgeht“, wie Rothchild betont. Jede und jeder der angehenden AutorInnen wird durch eine/n SchriftstellerIn, JournalistIn, BloggerIn oder LehrerIn aus einem englischsprachigen Land professionell gecoacht. Über 130 MentorInnen haben sich bislang auf diesen auch für sie fordernden Austausch eingelassen. Herausgekommen sind beeindruckende literarische Zeugnisse der Suche nach Perspektiven für ein Leben, das dringend einer politischen Lösung harret.

1 Zivilgesellschaftliche Proteste im Gazastreifen mit dem Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge als zentraler Forderung. Im Rahmen dieser Proteste, die von der israelischen Propaganda als Instrumentalisierung junger Menschen durch die Hamas dargestellt werden, hat die israelische Armee in den letzten zwei Jahren über 300 DemonstrantInnen erschossen und Unzählige verletzt. Die Autorin Asmaa Tayeh schreibt: Ich hasse Gaza, weil beim Marsch der Rückkehr mehr als hundert von uns umgebracht und weitere 13 000 verletzt wurden. Und das nur, weil sie in diesem Gefängnis leben und die Frechheit besassen, zu protestieren, die Welt an ihre Menschenrechte zu erinnern.

2 www.wearenotnumbers.org

Impressum

Palästina-Info Winter 2019/20, Auflage: 2200 dt., 700 frz.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev, popolo GmbH

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

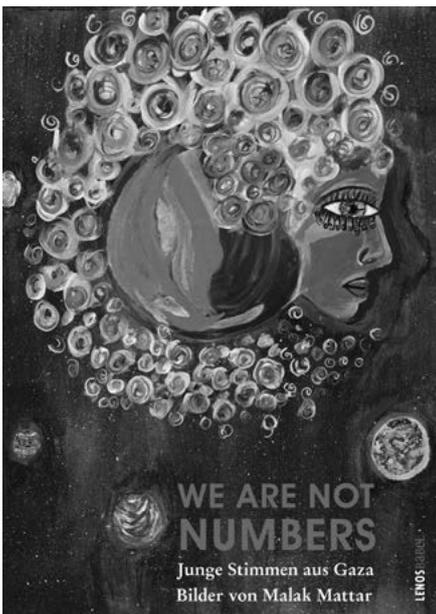
Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2

We Are Not Numbers Strom

Palestinian youth tell the human stories behind the numbers in the news

www.wearenotnumbers.org



Lenos Verlag, Basel, 22.50 Euro / Fr. 29.80

Ode an meine Geliebte, die Drohne

Basman Derawi

Wir sind zusammen,
schon wieder.
Nur ich und sie,
beharrliches Surren.
Ich mag ihr
Schweigen.
Sie mag es,
wenn ich ihr zuhöre.
Ihre Stimme ist ein heller
Schmerz im Kopf.
Ich flehe sie an,
mich mit ihrer Liebe zu verschonen.
Aber sie ist treu,
surrt die ganze Nacht vor sich hin.
Ich seh in meinen Träumen, wie sie
explodiert.

Am 3. Juni 2018 gepostet.

Malak Mattar

Jeden Tag, wenn ich allein im Dunkeln sitze, in meinem Zimmer, starre ich vor mich hin ins Leere, sehe nur den Mond mit seinem Schimmer, phantasiiere, wie ich ihn halte und als Lampe nutze, in meinem Zimmer. Ich kann erledigen, was gerade ansteht, ich lese, schreibe und male. (Ich brauch sie nicht, die paar demütigenden Stunden Strom, die sie uns zugestehn.)

Am 21. Juli 2016 gepostet.

Die ganze Welt soll es wissen

Anas Jnena

Die ganze Welt soll wissen, dass wir uns in Gaza übers Leben freuen – genau wie alle anderen auf der Welt. Die ganze Welt soll wissen, dass Gaza nicht der verwüstete, staubige, öde Ort ist, als der er allzu oft in den Nachrichten gezeigt wird. Die ganze Welt soll wissen, dass wir Palästinenser weder Opfer noch Helden sind. Wie alle anderen Menschen wachen wir jeden Morgen auf und gehen zur Schule oder zur Arbeit, lachen über einen lustigen Witz und klagen bei Zahnweh. Wir lieben den Geruch des Meeres und die Farben des Himmels, vor allem bei Sonnenuntergang. Auch wir hassen den Gang zum Zahnarzt, selbst wenn er längst überfällig ist.

Die ganze Welt soll wissen, dass die Jubeltriller einer palästinensischen Mutter beim Tod ihres Jungen nicht bedeuten, dass sie herzlos ist. Vielmehr handelt es sich um den selten erfolgreichen Versuch, ihre anderen Kinder und sich selbst davon zu überzeugen, dass sie den Schmerz irgendwie aushält, sich vom Kummer nicht erdrücken lässt, nicht aufgibt. Wenn ihr tatsächlich wissen wollt, wie es ihr geht, schaut ihr in die Augen, und begreift, was sie euch sagen. Wenn ihr genug Mumm habt, dann stellt euch nachts unter das Fenster dieser Mutter, und hört ihr herzerreissendes Seufzen und Klagen.

Die ganze Welt soll wissen: Wenn palästinensische Kinder Steine auf israelische Soldaten werfen, die geschickt wurden, um die Besatzung durchzusetzen, heisst das nicht, dass wir unsere Kinder zu Hass erziehen oder Gewalt befürworten. Es ist für uns schlicht die einzige Möglichkeit, den Soldaten zu zeigen, dass wir uns wehren und verteidigen, nicht einfach resignieren. Anstatt die Beweggründe von Palästinensern anzuzweifeln, sollten dieses Kritiker sich erst einmal fragen, was denn Israel zum Erreichen von Frieden und Gerechtigkeit beigetragen hat. Die Ausweitung der Siedlungen, die zehnjährige Belagerung, die geschlossenen Grenzen, acht Stunden Strom täglich, drei Kriege?

Die ganze Welt soll zudem wissen, dass uns wirklich gar nichts davon abhalten kann, uns zu verlieben, dass wir Adam Lamberts *Another Lonely Night* hören, wenn wir verlassen werden, Justin Timberlakes *What Goes Around ... Comes Around*, wenn wir betrogen werden, oder Adeles *Hello*, wenn wir jemanden furchtbar vermissen. Die ganze Welt soll wissen, dass verliebte Teenager auch in Gaza manchmal die letzte Schulstunde schwänzen, um Mädchen zu treffen und ihnen unschuldige Liebesbriefe zuzustecken.

Die ganze Welt soll wissen, dass es in Palästina Schriftsteller, Künstler, Denker und vor allem auch Liebende gibt. Die ganze Welt soll wissen, dass wir Menschen sind, genau wie ihr.

Am 28. April 2017 gepostet.